

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1915)
Heft: 6

Rubrik: Pazifistische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ternationale Hetzereien, gegen Käuflichkeit und Bestechung, mit den Mitteln und Wegen, um an die Stelle der bisherigen allgemeinen gegenseitigen Verknüpfung die gegenseitige *Würdigung der Völker* zu setzen, mit der Anbahnung einer gemeinsamen *äusseren europäischen Politik*, um unserm Erdteil diejenige Bedeutung zu erhalten, die er vermöge seiner historischen und kulturellen Bedeutung beanspruchen kann, mit der Herbeiführung von Vereinbarungen darüber, dass im Kriegsfall die gemeinsame Kulturstellung Europas nicht in der Meinung und Achtung der niedriger stehenden *Kolonialvölker* herabgesetzt werden kann, mit der Fortbildung der *internationalen Weltorganisationen*, wie sie bereits bestehen, in Handel und Verkehr, Wissenschaft, Kolonialwesen etc., mit der Durchführung des Grundsatzes der *offenen Tür* im Welthandel.

Wahrlich, ein weitgehendes und arbeitsreiches Programm, das in gemeinsamer Arbeit segensreiche Wirkungen herbeiführen kann, ohne die Selbständigkeit und Souveränität der einzelnen Staaten irgendwie zu beschränken.

3. Die Forderungen der *Freiheit der Meere* und der Abschaffung des Kaperrechtes stehen seit Jahrhunderten auf der Tagesordnung einer fortschreitenden Zivilisation. Sie liegen besonders im Interesse der neutralen Staaten und derjenigen Staaten, die auf dem Meere schwach sind oder keine eigene Seemacht besitzen, und die daher, wie die Erfahrung gelehrt hat, in wirtschaftlicher Richtung von der Willkür der kriegführenden Staaten abhängen.

Von weitergehenden Forderungen politischer Art, wie insbesondere dem *Verbot von Bündnisverträgen* und den Vereinbarungen über die *Rüstungen*, haben wir abgesehen, weil wir der Ansicht sind, dass solche Bestimmungen überhaupt bei dem gegenwärtigen Stande der allgemeinen europäischen Politik noch nicht durchführbar sind und leicht umgangen werden können, dass vielmehr sichere Fortschritte in dieser Beziehung nur auf dem langsamen Wege der Entwicklung und Verständigung erzielt werden können.

Wenn auch in diesen Gedanken nicht alles enthalten ist, was für die zukünftige friedliche Gestaltung der europäischen Verhältnisse nötig und wünschenswert wäre, so glauben wir doch, dass es von unserem Standpunkte aus in der Gegenwart vernünftig ist, sich auf das *erreichbare* Minimum prinzipieller Forderungen zu beschränken, und wir hoffen, dass Sie in diesem Sinne unsern vorgeschlagenen Resolutionen zustimmen werden.

Pazifistische Rundschau.

Der Eintritt *Italiens* in den Weltkrieg hat dargestellt, dass auch in einem durchaus demokratisch organisierten Staatswesen, wo das Volk selbst durch die von ihm gewählten Vertreter über Krieg und Frieden zu entscheiden hat, es einer Minderheit von Kriegshetzern möglich ist, der Mehrheit ihren Willen, den Krieg, aufzuzwingen. Das gibt zu denken. Namentlich jetzt, wo man als Garantie des Friedens die Demokratisierung fordert. Auch da werden wir uns sagen müssen: es kommt mehr auf den Geist als auf die Form an.

Im übrigen zeigten die Abstimmungsergebnisse im italienischen Parlament eine erfreuliche Anzahl kriegsfeindlicher Stimmen. In der Kammer stimmten bekanntlich 407 Abgeordnete für den Krieg, 74 dagegen, und einer enthielt sich der Stimmabgabe. Vergessen darf man jedoch nicht, dass etwa 90 kriegsgegnerische Deputierte — fehlten. Der Senat nahm die Kriegsvorlage mit 262 gegen 2 Stimmen an. Auch hier wa-

ren 126 Abgeordnete — nicht erschienen. Wohl aus Furcht, sie könnten wegen ihrer kriegsfeindlichen Gesinnung vom Pöbel misshandelt werden.

Tapfer hielten sich die offiziellen Sozialisten, von denen Turati bekanntlich allein in der Kammer die Kriegspolitik der Regierung angriff. Tapfer hielt und hält sich die sozialistische Zeitung „Avanti“. Auch jetzt noch setzt sie den Kampf gegen den Krieg fort, sofern sie nicht von den Behörden unterdrückt worden ist.

Auch die beiden anarchistisch-kommunistischen Gruppen der Stadt Rom, „Sante Caserio“ und „Francesco Ferrer“, beschlossen, grundsätzlich in ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen jeden Krieg zu verharren. Jedoch fordern sie die Mitglieder auf, sich von den Organisationen des Roten Kreuzes anwerben zu lassen, um damit gegenüber den Schrecken des Krieges ihren Gefühlen der Brüderlichkeit und der Zivilisation deutlichen Ausdruck zu verleihen.

Wir wissen ja, dass ganz Süditalien, dass die Landbevölkerung, dass die Arbeiter den Krieg nicht wollten. Und dann ist es auch nicht befremdend, wenn selbst die eingezogenen Reservisten bei der Abfahrt auf den Bahnhöfen kriegsfeindliche Kundgebungen veranstalteten, und noch verständlicher ist, wenn gerade die Frauen die Initiative zu solchen Demonstrationen ergriffen. Begreiflich ist es auch, dass Menschen, die zehn Monate all das Elend und den Jammer, die der Krieg zeitigt, mitansahen, nicht willig sind, nun auf Befehl der Regierung diesen Jammer und dieses Elend auch noch über sich, über ihre Angehörigen, über ihr Volk hereinzuführen. Lieber entziehen sie sich durch Flucht dem Kriegsdienste, lieber bleiben sie draussen im Auslande und nehmen das Odium eines Vaterlandsverrätters und die schweren Folgen der Dienstverweigerung auf sich. Mit Weib und Kind flüchteten sich viele über die zum Teil noch verschneiten Pässe in die bündnerischen Bergtäler. Und von überall her, aus Zürich, aus Genf, aus Graubünden usw., kommt die Kunde, die Kriegsbegeisterung der ansässigen Italiener sei klein und deren viele rückten nicht ein. Auch von den italienischen Bergarbeitern im sächsischen Kohlenrevier wird dies berichtet, und aus Arbon wird gemeldet, eine öffentliche Italienerversammlung hätte beschlossen, dem Mobilisationsbefehl keine Folge zu geben.

So denkt das italienische Volk!

Zwar fahren die Militärbehörden in Italien scharf drein gegen die Kriegsgegner und verhaften diese unter allerhand Vorwänden. Aber der Tag wird einmal kommen, der zeigt, wo die wahren Freunde des Landes standen. Freilich, noch sind wir nicht so weit. Noch werden die Friedensstimmen vom Geschützdonner übertönt. Aber trotz aller behördlichen Unterdrückungsversuche kommt die Sehnsucht nach einem Ende dieser grausen Menschenschlächtereie immer wieder zum Durchbruch. In Deutschland, in Frankreich, in Oesterreich, in Russland und in England, wo kürzlich ein regelrechter Antikriegsausschuss gebildet wurde. Und aus Russland kommt die Nachricht, in Uleaborg und Abo hätten die Sozialdemokraten für den Frieden demonstriert. Man liess Kosaken gegen sie reiten und einige hundert Demonstranten niedersäbeln. Die Ehre des Vaterlandes war damit gerettet.

Wie wäre es, wenn die Nobelstiftung *diesen* italienischen, russischen, englischen und anderwärtigen Pazifisten der Tat, die wegen ihrer Gesinnungstreue in Not und Schmach gerieten, die *Friedenspreise* für 1914 und 1915 zukommen liesse? Oder kennt man jemand, der es mehr benötigte und — verdiente?

* * *

Durch die Beteiligung Italiens am Kriege verschlechterte sich die Lage der Schweiz natürlich, denn nun ist sie gleich der Insel, um die die sturmgepeitschten Wogen des Ozeans brausen. Um so wertvoller für uns, dass Italien aufs neue erklärte, es werde, ob schon nicht Signatarmacht der Wiener Kongressakte von 1815, doch deren Bestimmungen über die ewige Neutralität und Unverletzlichkeit der Eidgenossenschaft peinlich beobachten. Deutschland und Oesterreich-Ungarn versicherten gleicherweise, die Neutralität nicht zu verletzen. Die Schweiz ihrerseits ermangete nicht, diese Erklärungen nicht bloss zu empfangen, sondern mit der Mitteilung zu beantworten, ihre Pflichten als neutraler Staat gewissenhaft zu erfüllen. Auch andere Staaten, z. B. Dänemark und die Niederlande, bestätigten neuerdings ihre seinerzeitigen Neutralitätserklärungen.

Eine bedeutungsvolle und erfreuliche, wenn auch heikle Aufgabe ist unserem Lande dadurch geworden, dass das Deutsche Reich die Schweiz mit der Wahrung der deutschen Interessen in Italien und dieses letztere unsern Staat mit der Vertretung der Interessen Italiens in Deutschland betraute. Oesterreich-Ungarns Interessen werden durch Spanien vertreten. Da jedoch die spanischen Konsuln in Venedig, Livorno, Turin und Palermo italienischer Nationalität sind, so übernehmen an diesen Orten die Schweizer Konsuln die Vertretung der österreichisch-ungarischen Interessen.

Von Bedeutung ist auch, dass zwischen der Schweiz und Italien eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, durch welche die Lebensmittelfuhr für unser Land gesichert wird.

Bundespräsident Motta empfing eine Deputation, welche der im April im Haag zusammengetretene Friedenskongress der Frauen an alle Regierungen der kriegführenden und neutralen Staaten in Europa und an den Präsidenten der Vereinigten Staaten abgeordnet hat, um diese zu veranlassen, dem Blutvergiessen ein Ende zu machen und einen gerechten und dauernden Frieden herbeizuführen. Der Bundespräsident erklärte, dass die Schweiz gerne Hand bieten werde, im geeigneten Zeitpunkt in Verbindung mit andern neutralen Staaten für die Herbeiführung des Friedens zu wirken.

Der Krieg zwischen Japan und China ist — nicht ausgebrochen. Statt dessen wurde am 25. Mai ein Uebereinkommen unterzeichnet. Ob dadurch eine Art Bündnis der gelben Mächte zustande kam, vermögen wir heute noch nicht zu sagen. Denkbar wäre es.

Mindestens ebenso wichtig ist der Abschluss eines politischen Abkommens zwischen den südamerikanischen ABC-Republiken (Argentinien, Brasilien, Chile). Das Abkommen schliesse jede Kriegsmöglichkeit zwischen den Beteiligten aus und vereinbart eine gemeinsame Auslandspolitik. Den Vollzug der Uebereinkunft besorge ein aus Staatsmännern der drei Republiken bestehender Ausschuss, der in der kleinen Republik Uruguay residieren werde.

Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so wäre dieses Abkommen im Grunde nichts anderes als der Abschluss einer politischen Entwicklung, die denen längst bekannt war, welche sich schon für die pan-amerikanische Bewegung interessierten. Und der Ausgangspunkt dieser Entwicklung dürfte jener Vertrag vom 10. Januar 1903 bilden, durch den die langjährige Spannung zwischen Argentinien und Chile, die wiederholt den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen befürchten liess und die Ruhe auf dem süd-amerikanischen Kontinent in weitem Umfange be-

drohte, gelöst, endgültig beseitigt wurde. Durch diese Vereinbarung der beteiligten Regierungen wurden die Rüstungen eingestellt, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe unter englischer Vermittlung verkauft und ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, dessen Ratifikation am 21. Mai 1903 in Buenos Aires unter grosser Beteiligung der gesamten Bevölkerung festlich begangen wurde.

Dieser neue Bund der ABC-Staaten hat übrigens bereits seine Vorbilder. Durch den Vertrag zu Amapala vom 20. Juni 1895 konstituierten sich Honduras, Nicaragua und San Salvador als „Republica Mayor de Centro America“, und ein Ausschuss von drei Vertretern besorgte die gemeinsame Aussenpolitik. Der Bund hatte allerdings nur eine kurze Lebensdauer. Indes schlossen die drei Republiken am 20. August 1904 einen neuen Vertrag ab, wodurch sie zusammen den Frieden in Zentralamerika garantieren.

Was sollen wir aber dazu sagen, wenn gerade in diesem Zeitpunkte drüben in Amerika Wirklichkeit wird, was für uns Europäer noch — Utopie zu sein scheint?

Utopie? Nein doch. Wir haben ja Anfänge. Und die finden wir in den heutigen feindlichen Mächtegruppen, die der Kriegsgott zusammengeschweisst hat. Werden sich die europäischen Völker nicht doch eines Tages noch zusammenschliessen, nicht mit einer aggressiven Spitze gegen irgendwen, nicht zum Krieg, sondern zum Frieden.

Wie es sein sollte zwischen den Völkern, das mag eine kleine Episode illustrieren, die ich dieser Tage vernahm. Zog da ein Trupp junger Menschen aus der zürcherischen Gemeinde Nohl mit geschulterter Waffe, ein Marschlied singend, hinüber über die Landesgrenze zum badischen Dorfe Altenburg. Aber nicht zum Kampfe, sondern um den deutschen Frauen, deren Männer im Kriege stehen, Heugras abzumähen.... Das ist das wahre Verhältnis zwischen Menschen. Aber warum ist es nicht so zwischen den Völkern? Warum nicht auch im Grossen wie hier im Kleinen?

K. W. Sch.

Konferenz für die Zukunftsinteressen der Menschheit.

Am 28. und 29. Mai tagte in Bern in den Räumen des Internationalen Friedensbureaus die vom Komitee für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschrittes und vom Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen gemeinsam mit einigen anderen internationalen Vereinen einberufene Friedenskonferenz. An der Konferenz waren u. a. als Delegierte erschienen der deutsche Reichstagsabgeordnete Vogtherr, der Präsident der deutschen Friedensgesellschaft, Pfarrer Umfried aus Stuttgart, der frühere Reichstagsabgeordnete Lütgenabe aus Dortmund, der französische Deputierte Gustave Hubbard; aus Italien Dr. Enrico Bignani, Schriftsteller in Mailand, und der Präsident der Friedensgesellschaft in Rom, Ugano, ferner aus Amerika Dr. Batin, Vertreter der Alliance of churches, aus Russland Baron Wrangel, aus Holland Frau Dr. Jakobs, aus der Schweiz Prof. Dr. Broda, Herausgeber der „Menschheit“ und der „Dokumente des Fortschritts“; ferner Prof. Dr. Vetter, Bern, Prof. Dr. Forel, Yverne, und Nationalrat Scherrer-Füllemann, sowie eine Reihe anderer Delegierter aus verschiedenen Ländern, zusammen gegen 50 Personen.

In der Aussprache über die Zukunftsinteressen der Menschen wurden besonders die Gefahren erörtert, welche aus der gegenwärtigen Krisis für den zu-